

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates

des Kantons Basel-Landschaft

Nr. 1055

vom 12. August 2008

A.B., Y.; Beschwerde gegen die Verfügung des Amtes für Migration vom 28. Februar 2008 betreffend Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung und Wegzug / Abweisung

1. A.B., geboren am 8. August 1973, nigerianischer Staatsangehöriger, reiste am 5. Juli 2005 ohne Aufenthaltstitel in die Schweiz ein. Er heiratete am 22. Juli 2005 die Schweizer Bürgerin C.D., geboren am 4. Juni 1970. Aufgrund der Heirat mit einer Schweizerin erhielt A.B. die Aufenthaltsbewilligung im Kanton Basel-Landschaft, welche ihm zuletzt am 19. Juli 2007 bis zum 31. Januar 2008 verlängert wurde.

2. Mit Strafbefehl vom 26. August 2005 wurde A.B. durch das Bezirksstatthalteramt Laufen der Widerhandlung gegen das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) durch rechtswidrige Einreise (Einreise ohne Visum) schuldig erklärt. Er wurde zu einer bedingt löschbaren Busse von CHF 300.00 verurteilt.

3. Am 23. Februar 2007 wurde A.B. wegen häuslicher Gewalt gegen seine Ehefrau angezeigt. Nachdem C.D. die provisorische Einstellung des Verfahrens beantragt hatte, wurde dieses durch die Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft mit Beschluss vom 27. Februar 2008 eingestellt.

4. Mit Entscheid vom 17. Juli 2007 bewilligte der Bezirksgerichtspräsident Arlesheim C.D. und A.B. das Getrenntleben und verfügte, dass der Ehemann die eheliche Wohnung in Laufen zu verlassen habe und dass er sich während der Trennungszeit seiner Ehefrau nicht auf eine Distanz von weniger als hundert Meter nähern dürfe. Am 29. September 2007 zog A.B. nach Münchenstein. Am 11. Januar 2008 meldete C.D. der Polizei, dass sie von A.B. am Telefon bedroht worden sei. In der Folge kam es zu einer Anzeige gegen A.B. wegen Drohung und Missbrauch einer Fernmeldeanlage.

5. Mit Schreiben vom 11. Februar 2008 teilte das Amt für Migration (AfM) A.B. mit, dass es aufgrund der gerichtlichen Trennung zwischen ihm und seiner Schweizer Ehefrau in Erwägung ziehe, die Aufenthaltsbewilligung nicht mehr zu verlängern. Gleichzeitig gab es A.B. die Gelegenheit, sich hierzu schriftlich zu äussern. A.B. nahm, vertreten durch lic. iur. Daniel Ordás, Advokat, mit Schreiben vom 21. Februar 2008 Stellung. Dabei wies A.B. darauf hin, dass er eine Busse wegen der bewilligungslosen Einreise beglichen habe und

dass er seine Ehefrau nie tätlich angegriffen habe. Gleichzeitig räumte er ein, dass aufgrund des laufenden Scheidungsverfahrens keine Aussichten auf eine Wiederaufnahme des Zusammenlebens bestünden.

6. Das AfM verfügte mit Schreiben vom 28. Februar 2008 die Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung von A.B. und seinen Wegzug bis spätestens 30. April 2008. Es begründete seinen Entscheid im Wesentlichen damit, dass ausländische Ehegatten von Schweizerinnen und Schweizern nur dann Anspruch auf Erteilung der Aufenthaltsbewilligung hätten, wenn die Eheleute zusammenlebten, was vorliegend nicht der Fall sei. Das AfM betrachtete eine Wegweisung zudem als verhältnismässig und verneinte das Vorliegen eines Härtefalles.

7. Gegen diese Verfügung hat A.B., wiederum vertreten durch Daniel Ordás, mit Schreiben vom 10. März 2008 Beschwerde beim Regierungsrat erhoben. Er beantragt dabei die Aufhebung der Verfügung des AfM vom 28. Februar 2008, eventualiter sei die Vorinstanz anzuweisen, die Angelegenheit nochmals abzuklären, alles unter o/e-Kostenfolge. Er gibt dabei an, er habe erfolgreich einen Deutschkurs absolviert, einen Nachfolgekurs jedoch aus zeitlichen Gründen abbrechen müssen. Seit dem 2. Juli 2007 verfüge er über eine Festanstellung bei der Firma RE-Center Muttenz AG. Er bestreitet ausserdem, seine Frau je geschlagen oder gewürgt zu haben, er sei umgekehrt aber Opfer ihrer Attacken gewesen. Er habe versucht, die Liebe seiner Frau zurückzugewinnen, weshalb er sich auch einer einvernehmlichen Scheidung widersetzt habe. A.B. stellt sich ausserdem auf den Standpunkt, dass er über eine feste Arbeitsstelle und freundschaftliche Bande in der Schweiz verfüge, wohingegen ihn nichts mehr mit seinem Ursprungsland verbinde. Auf den weiteren Inhalt der Beschwerdebegründung wird, sofern notwendig, im Rahmen der Erwägungen eingegangen.

8. Das AfM hat sich zu dieser Beschwerdebegründung mit Schreiben vom 29. Mai 2008 vernehmen lassen. Es stellt sich auf den Standpunkt, dass die Beschwerdebegründung keine neuen Tatsachen enthalte, die an der Verfügung vom 28. Februar 2008 etwas zu ändern vermögen. Es sei aber anzufügen, dass die Ehe zwischen A.B. und C.D. zwischenzeitlich am 19. Mai 2008 geschieden worden sei. Überdies habe das Bundesamt für Migration mit Schreiben vom 16. April 2008 mitgeteilt, dass sich A.B. vor seiner Verheiratung unter dem falschem Namen E.F. als Asylbewerber im Kanton Aargau aufgehalten habe. Den beigelegten Akten ist zu entnehmen, dass sich ein E.F., geboren am 8. August 1982, zwischen dem 19. Dezember 2003 und dem 14. Dezember 2004 in O., P. und Q. aufgehalten hat.

9. Der instruierende Rechtsdienst des Regierungsrates gab A.B. mit Schreiben vom 3. Juni 2008 Gelegenheit, Stellung zur Vernehmlassung des AfM zu nehmen. Von dieser Möglichkeit hat A.B., wiederum vertreten durch Daniel Ordás, mit Schreiben vom 23. Juni 2008 Gebrauch gemacht. Er stellt sich dabei auf den Standpunkt, dass es nicht sein könne, dass es sich bei E.F. um ihn handle, da er nach seiner Heirat selber das AfM informiert habe und es aufgrund dessen überhaupt zur bedingten Busse gekommen sei. Es sei ausserdem zwar korrekt, dass er seit dem 19. Mai 2008 geschieden sei, doch sei es ihm aufgrund der Umstände nicht mehr zumutbar gewesen, eine Ehe zu führen.

10. Am 4. Juni 2008 wurde das AfM durch die Polizei Basel-Landschaft darüber in Kenntnis gesetzt, dass gegen A.B. am 2. Juni 2008 Anzeige erstattet worden ist wegen Widerhandlungen gegen das Bundesgesetz vom 3. Oktober 1951 über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (BetmG). A.B. wird darin vorgeworfen, seit mindestens Sommer 2005 im Kokainhandel tätig gewesen zu sein.

Erwägungen:

1. Das vorliegende Rechtsmittel ist rechtzeitig eingereicht worden. Da auch die übrigen formellen Voraussetzungen erfüllt sind, ist auf die Beschwerde einzutreten.

2.a) Auf den 1. Januar 2008 ist anstelle des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 26. März 1931 (ANAG) das neue Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über Ausländerinnen und Ausländer (AuG) in Kraft getreten. Es stellt sich die Frage, ob die Beschwerde noch nach altem oder bereits nach neuem Recht zu beurteilen ist. Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich - soweit vorhanden - aus den Übergangsbestimmungen eines Erlasses oder - soweit solche fehlen - aus den allgemeinen Prinzipien, welche aus der Praxis heraus entstanden sind. Zu berücksichtigen ist insbesondere das Vertrauen des Betroffenen auf die Weitergeltung des bisherigen Rechts.

b) Gemäss Artikel 126 Absatz 1 AuG bleibt für Gesuche, die vor dem Inkrafttreten des neuen Rechts eingereicht worden sind, das bisherige Recht anwendbar. Da bei der Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung die Behörde nicht auf Gesuch hin, sondern von Amtes wegen tätig wird, stellt sich die Frage, ob im Falle einer Beschwerde ebenfalls noch bisheriges Recht anzuwenden ist, wenn das Verfahren vor dem 1. Januar 2008 eingeleitet worden ist. Das Bundesverwaltungsgericht ist zum Schluss gekommen, dass das bisherige Recht gemäss Artikel 126 Absatz 1 AuG - über seinen engen Wortlaut hinaus - auf alle

Verfahren anwendbar ist, die erstinstanzlich vor Inkrafttreten des neuen Rechts eingeleitet wurden, unabhängig davon, ob sie von Amtes wegen oder auf Gesuch hin eröffnet wurden (Bundesverwaltungsgerichtsentscheid [BVGE] C-3912/2007 vom 14. Februar 2008, Erwägung 2).

c) Die Aufenthaltsbewilligung von A.B. ist letztmals am 19. Juli 2007 bis zum 31. Januar 2008 verlängert worden. Das Verfahren um Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung ist erst nach dem Inkrafttreten des neuen Rechts am 1. Januar 2008 eingeleitet worden, weshalb im vorliegenden Fall das neue AuG zur Anwendung kommt.

3.a) Die Zulassung von Ausländerinnen und Ausländern ist ein autonomer Entscheid jedes souveränen Staates. Es besteht deshalb grundsätzlich kein Anspruch auf Einreise und Aufenthalt in der Schweiz (vergleiche die Botschaft des Bundesrats vom 8. März 2002 zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer, Bundesblatt [BBl] 2002, S. 3725). Ausländerinnen und Ausländer sind zur Anwesenheit in der Schweiz nur berechtigt, wenn sie eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung besitzen oder wenn sie nach dem Gesetz keiner solchen bedürfen. Ein Anspruch auf Erteilung oder Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung besteht, unter Vorbehalt staatsvertraglicher oder gesetzlicher Ausnahmenvorschriften, grundsätzlich nicht (vergleiche Bundesgerichtsentscheid [BGE] 124 II 364; BGE 120 Ib 259, mit Hinweisen).

b) Mit Nigeria besteht keine vertragliche Vereinbarung, die dem Beschwerdeführer einen Anspruch auf eine fremdenpolizeiliche Bewilligung in der Schweiz einräumen würde. Deshalb gilt es im Folgenden zu prüfen, ob sich aus der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) oder dem schweizerischen Verfassungs- und Gesetzesrecht ein solcher Anspruch herleiten lässt.

c) Im vorliegenden Fall stellt sich zuerst die Frage, ob A.B. einen Anspruch hat auf Verlängerung seiner Aufenthaltsbewilligung. Die Aufenthaltsbewilligung wird für Aufenthalte mit einer Dauer von mehr als einem Jahr erteilt (Artikel 33 Absatz 1 AuG). Sie wird für einen bestimmten Aufenthaltzweck erteilt und kann mit weiteren Bedingungen verbunden werden (Artikel 33 Absatz 2 AuG). Gemäss Artikel 3 Absatz 2 AuG werden Ausländerinnen und Ausländer unter anderem in der Schweiz zugelassen, wenn es die Vereinigung der Familie erfordert. Ausländische Ehegatten von Schweizerinnen und Schweizern haben Anspruch auf Erteilung und Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung, wenn sie mit diesen zusammenwohnen (Artikel 42 Absatz 1 AuG). Das Erfordernis des Zusammenwohnens nach den Artikeln 42 bis 44 AuG besteht nicht, wenn für getrennte Wohnorte wichtige Gründe geltend

gemacht werden und die Familiengemeinschaft weiter besteht (Artikel 49 AuG). Nach Auflösung der Ehe oder der Familiengemeinschaft besteht der Anspruch des Ehegatten und der Kinder auf Erteilung und Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung nach den Artikeln 42 und 43 AuG weiter, wenn die Ehegemeinschaft mindestens drei Jahre bestanden hat und eine erfolgreiche Integration besteht oder wichtige persönliche Gründe einen weiteren Aufenthalt in der Schweiz erforderlich machen (Artikel 50 Absatz 1 AuG). Wichtige persönliche Gründe in diesem Sinne können namentlich vorliegen, wenn die Ehegattin oder der Ehegatte Opfer ehelicher Gewalt wurde und die soziale Wiedereingliederung im Herkunftsland stark gefährdet erscheint (Artikel 50 Absatz 2 AuG).

d) A.B. lebt seit dem 17. Juli 2007 getrennt von seiner ehemaligen Schweizer Ehefrau C.D.. Die Ehe wurde ausserdem am 19. Mai 2008 geschieden. Damit ist der Anspruch des Beschwerdeführers auf Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung gestützt auf Artikel 42 Absatz 1 AuG ohne Weiteres erloschen. Es stellt sich die Frage, ob A.B. nach der Auflösung der Familiengemeinschaft allenfalls gestützt auf Artikel 50 Absatz 1 AuG einen Anspruch auf eine Aufenthaltsbewilligung hat. Die Ehe zwischen ihm und C.D. hat jedoch keine drei Jahre gedauert, weshalb eine Anwendung von Artikel 50 Absatz 1 Buchstabe a AuG nicht in Frage kommt. Es sind auch keine wichtigen persönlichen Gründe im Sinne von Artikel 50 Absatz 1 Buchstabe b AuG ersichtlich, so dass der Beschwerdeführer auch unter diesem Titel keinen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung hat. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die Behauptungen des Beschwerdeführers, er sei Opfer der Gewalt seiner ehemaligen Frau gewesen, nicht glaubhaft erscheinen und auch nicht zu weiteren Massnahmen der Polizei oder der Strafverfolgungsbehörden geführt haben (vergleiche hierzu auch die Hinweise auf eheliche Gewalt gemäss Artikel 77 Absatz 6 der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit [VZAE] vom 24. Oktober 2004, welche allesamt nicht vorliegen). Dementsprechend sind die Voraussetzungen für die Nichtverlängerung seiner Aufenthaltsbewilligung erfüllt.

4.a) Der Umstand allein, dass ein Ausländer oder eine Ausländerin keinen Anspruch auf Erteilung der Aufenthaltsbewilligung hat, hat nicht zwingend zur Folge, dass ihm oder ihr keine Aufenthaltsbewilligung erteilt werden kann. Das heisst, dass sogar bei Vorliegen von Widerrufs- oder Ausweisungsgründen stets geprüft werden muss, ob eine allfällige Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung im konkreten Fall angemessen ist. Die zuständige Behörde hat im Rahmen eines Ermessensentscheides die Möglichkeit, auch nach einer Scheidung oder Auflösung der ehelichen Gemeinschaft die Aufenthaltsbewilligung zu verlängern. Artikel 96 AuG regelt die Ausübung des Ermessens, im Gegensatz zum alten Artikel 4 ANAG allerdings ohne zu konkretisieren, wo dieses Ermessen ausgeübt werden

kann. Aus dem Wortlaut von Artikel 96 AuG kann jedoch geschlossen werden, dass den zuständigen Behörden auch bei Entscheiden über den Aufenthalt Ermessen zukommt: Gemäss Artikel 96 Absatz 1 AuG sind bei der Ermessensausübung die öffentlichen Interessen, die persönlichen Verhältnisse und der Grad der Integration zu berücksichtigen - all dies sind Kriterien, die schon bisher im Rahmen der Ermessensausübung gestützt auf Artikel 4 ANAG zur Anwendung gekommen sind. Der Botschaft des Bundesrats vom 8. März 2002 zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer lässt sich nichts Gegenteiliges entnehmen (BBl 2002, S. 3709 ff.).

b) Das neue Recht unterscheidet zwischen Bewilligungen, auf deren Erteilung ein Rechtsanspruch besteht, und Bewilligungen, über die die Behörde *ermessensgeprägt* entscheidet (BGE 133 I 189, Erwägung 2.3). Ermessen haben die zuständigen Behörden im Zusammenhang mit Entscheiden über die Zulassung von Ausländern nach dem neuen AuG somit überall dort, wo das Gesetz keinen Anspruch auf Erteilung einer Bewilligung einräumt. Ein freier Ermessensentscheid, wie ihn Artikel 4 ANAG vorgesehen hat, ist allerdings nach neuem Recht nicht mehr vorgesehen. Das Ermessen der Behörden beschränkt sich vielmehr auf jene abschliessend im Gesetz genannten Fälle, in denen eine Aufenthaltsbewilligung erteilt werden *kann*. Dies ist im Zusammenhang mit Aufhalten zu Erwerbszwecken in Artikel 18 und 19 AuG der Fall, im Zusammenhang mit Aufhalten ohne Erwerbszwecke können die Behörden gestützt auf Artikel 27, 28 oder 29 AuG Aufenthaltsbewilligungen erteilen. Im Rahmen des Familiennachzugs kommt den Behörden in diesem Zusammenhang in den Artikeln 44, 46 und 47 Absatz 4 AuG Ermessen zu. Möglich ist eine ermessensgeprägte Aufenthaltsbewilligung auch gestützt auf Artikel 30 AuG, in diesen Fällen sind jedoch die Bundesbehörden zuständig (Artikel 40 Absatz 1 AuG).

c) Im vorliegenden Fall kommt eine ermessensgeprägte Aufenthaltsbewilligung höchstens gestützt auf Artikel 18 AuG in Frage, die übrigen Fälle treffen offensichtlich nicht zu. Es bleibt deshalb zu prüfen, ob A.B. eine Aufenthaltsbewilligung zur Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit gestützt auf Artikel 18 AuG erteilt werden kann. Die Zulassungspraxis für Aufenthalte zu Erwerbszwecken ist grundsätzlich restriktiv ausgestaltet. Der Arbeitsimmigration sind in Artikel 18 bis 25 AuG zahlreiche Schranken gesetzt. So können Ausländerinnen und Ausländer zur Ausübung einer unselbständigen Erwerbstätigkeit nur zugelassen werden, wenn dies dem gesamtwirtschaftlichen Interesse entspricht, das Gesuch eines Arbeitgebers vorliegt und die Voraussetzungen nach den Artikeln 20 bis 25 AuG erfüllt sind (Artikel 18 AuG). Im vorliegenden Fall steht einer Bewilligungserteilung gestützt auf Artikel 18 AuG grundsätzlich entgegen, dass A.B. offensichtlich keine Erwerbstätigkeit im Sinne von Artikel 21 AuG ausübt. Das öffentliche Interesse an einer Bewilligungserteilung ist

unter diesem Aspekt sehr gering einzustufen. Die persönlichen Verhältnisse des Beschwerdeführers und der Grad seiner Integration lassen die Nichtverlängerung seiner Aufenthaltsbewilligung nicht als unangemessen erscheinen, wie unter dem Aspekt der Verhältnismässigkeit noch näher auszuführen ist. Daher kommt der Regierungsrat im Rahmen seiner Ermessensausübung gemäss Artikel 96 AuG zum Schluss, dass dem Beschwerdeführer auch unter diesem Aspekt die Aufenthaltsbewilligung nicht zu verlängern ist.

5.a) Die Nichtverlängerung einer Aufenthaltsbewilligung muss verhältnismässig sein. Das heisst, dass auch bei Vorliegen von Widerrufs- oder Ausweisungsgründen stets geprüft werden muss, ob eine Wegweisung, die Konsequenz einer allfälligen Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung (Artikel 66 Absatz 1 AuG), im konkreten Fall verhältnismässig ist. Das öffentliche Interesse an der Massnahme muss die privaten Interessen der betroffenen Personen überwiegen. Für die Beurteilung der Verhältnismässigkeit einer Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung waren altrechtlich laut Rechtsprechung des Kantonsgerichts (vgl. die Urteile Nr. 277 vom 13. Dezember 2006 in Sachen S.P.K., Erwägung 5.3 und Nr. 17 vom 24. Januar 2007 in Sachen S.R., Erwägung 6.3) die Kriterien gemäss Ziffer 654 der Weisungen und Erläuterungen des Bundesamtes für Migration über Einreise, Aufenthalt und Arbeitsmarkt vom Mai 2006 (im Folgenden ANAG-Weisungen) massgebend. Diese Kriterien können auch nach dem Inkrafttreten des neuen AuG analog angewendet werden, da sie die identische Sachlage betreffen. Demnach sind bei der Prüfung der Verhältnismässigkeit folgende Gesichtspunkte massgebend: Dauer der Anwesenheit in der Schweiz, persönliche Beziehungen zur Schweiz (insbesondere, wenn Kinder vorhanden sind), berufliche Situation, Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage, persönliches Verhalten und Integrationsgrad (ähnlich, aber weniger detailliert auch Ziffer 8.2.1.2 der provisorischen Fassung der Weisungen und Erläuterungen des Bundesamtes für Migration zum Ausländergesetz in der Version vom 1. Januar 2008). Zu berücksichtigen sind ferner die Umstände, die zur Auflösung der Ehe oder ehelichen Gemeinschaft geführt haben. Steht fest, dass der im Familiennachzug zugelassenen Person, namentlich wenn sie misshandelt worden ist, eine Fortführung der ehelichen Beziehung nicht länger zugemutet werden kann, ist dies beim Entscheid besonders in Rechnung zu stellen. Es geht hier auch darum, Härtefälle zu vermeiden.

b) Der nun folgenden Interessenabwägung ist vorzuschicken, dass die Schweiz gegenüber Ausländern in der Frage der Aufenthaltsberechtigung eine restriktive Politik verfolgt. Die zuständigen Behörden müssen bei der Ausübung des Ermessens der demografischen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung der Schweiz Rechnung tragen (Artikel 3 Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 96 Absatz 1 AuG). Es gilt zu vermeiden, dass

neu einreisende Ausländer die inländischen Arbeitskräfte in unerwünschtem Mass konkurrieren und dass durch die Bereitschaft zur Annahme von tieferen Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen Lohn- und Sozialdumping entstehen, womit das soziale Klima belastet würde (vergleiche die Botschaft des Bundesrats vom 8. März 2002 zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer, BBl 2002, S. 3726).

c) Als erstes Kriterium ist die *Dauer des Aufenthaltes* in der Schweiz in die Verhältnismässigkeitsprüfung einzubeziehen. Auch wenn die Aufenthaltsbewilligung im Gegensatz zur Niederlassungsbewilligung stets befristet ist und die ausländische Person demzufolge mit der Möglichkeit rechnen muss, dass die Bewilligung nicht verlängert wird, verringert sich mit zunehmender Dauer des Aufenthaltes der Ermessensspielraum der Behörden. Bei einer längeren Anwesenheitsdauer verdichten sich in der Regel die Beziehungen der ausländischen Person zur Schweiz. Je nach Dauer und Intensität der beruflichen, persönlichen und sozialen Bindungen ist die ausländische Person in verstärktem Mass auf einen weiteren Aufenthalt in der Schweiz angewiesen. Zudem entsteht nach automatisch wiederholten Verlängerungen der Aufenthaltsbewilligung eine gewisse Erwartungshaltung auf dauernden Verbleib in der Schweiz (vgl. den Entscheid des Verwaltungsgerichts [heute: Kantonsgericht, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht] = VGE Nr. 48 vom 11. März 1998, Erwägung 3). Im Bundesgerichtsentscheid BGE 119 Ib 8, Erwägung 4.c - die betreffenden Beschwerdeführer waren im Besitze einer Niederlassungsbewilligung - hielt das Bundesgericht zudem generell fest, dass im Falle einer über zehnjährigen Anwesenheit in der Schweiz gewichtige Interessen gegen eine Ausweisung oder Heimschaffung wegen Bedürftigkeit in die Abwägung einzubeziehen sind.

A.B. reiste am 5. Juli 2005 in die Schweiz ein und erhielt nach seiner Heirat mit einer Schweizerin am 8. August 2005 im Kanton Basel-Landschaft die Aufenthaltsbewilligung. In der Folge wurde seine Aufenthaltsbewilligung noch zweimal verlängert, das zweite Mal allerdings nur für ein halbes Jahr. Gemäss Auskunft des Bundesamtes für Migration hat sich der Beschwerdeführer bereits zwischen dem 19. Dezember 2003 und dem 14. Dezember 2004 unter dem falschen Namen E.F. in der Schweiz aufgehalten. Dies wird vom Beschwerdeführer bestritten. Insgesamt hält sich A.B. seinen eigenen Angaben zufolge seit drei Jahren in der Schweiz auf, wobei das eheliche Zusammenleben lediglich zwei Jahre dauerte. Einer Wegweisung oder Heimschaffung von A.B. - gemäss Artikel 66 Absatz 1 AuG die Folge des Widerrufs oder der Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung - stehen somit bezüglich der Dauer seiner Anwesenheit keine gewichtigen privaten Interessen entgegen.

d) Betreffend die *berufliche Situation* des Beschwerdeführers ist festzuhalten, dass er in den ersten eineinhalb Jahren seines Aufenthaltes in der Schweiz keine Arbeit ausübte und durch seine Ehefrau finanziert wurde. Seit Juli 2007 verfügt er über eine feste Arbeitsstelle beim RE-Center Muttenz AG, wo er als Hilfsarbeiter eingesetzt wird. Er stellt damit keine unentbehrliche Arbeitskraft auf dem hiesigen Arbeitsmarkt dar. Insgesamt betrachtet hinterlässt die berufliche Situation des Beschwerdeführers ein durchzogenes Bild.

e) Der Beschwerdeführer verfügt nicht über besonders enge *persönliche Beziehungen* (im Sinne von Familienangehörigen) zur Schweiz. Aus der Ehe mit seiner schweizerischen Ex-Frau sind keine Kinder hervorgegangen und auch sonst leben in der Schweiz keine Verwandten des Beschwerdeführers. A.B. macht denn in seiner Beschwerdebegründung auch nur freundschaftliche Bande zur Schweiz geltend. Zu allfälligen Verwandten in seinem Heimatland ist nichts bekannt. Der Beschwerdeführer ist der Aufforderung des AfM, den Aufenthalts- bzw. Wohnort seiner nächsten Verwandten bekanntzugeben, nicht nachgekommen. Er macht in seiner Beschwerde lediglich geltend, dass ihn nichts mit seinem Heimatland verbinde. Es ist nicht ersichtlich, weshalb der Beschwerdeführer stärkere persönliche Beziehungen zur Schweiz als zu seinem Heimatland haben sollte, wo er fast 32 Jahre seines Lebens verbracht und wo er seine persönlichen und verwandtschaftlichen Wurzeln hat.

f) Betreffend *Integrationsgrad und persönliches Verhalten* ist anzuführen, dass A.B. offensichtlich nur gebrochen Deutsch spricht. Dem von ihm ins Recht gelegten Zwischenzeugnis seines Arbeitgebers ist zu entnehmen, dass er noch einige Schwierigkeiten damit hat, sich in Deutsch klar auszudrücken. Nach eigenen Aussagen habe er freundschaftliche Banden zur Schweiz, Beweise hierfür liegen allerdings nicht vor. Im Februar 2007 ist es zu einer Anzeige gegen ihn wegen häuslicher Gewalt gekommen. Dieses Verfahren wurde in der Folge allerdings eingestellt. Hingegen sind gegenwärtig zwei Anzeigen gegen A.B. offen, wegen einer Drohung und wegen Verstössen gegen das BetmG. Insgesamt ist von einem geringen Integrationsgrad des Beschwerdeführers auszugehen und von einem nicht unbelasteten persönlichen Verhalten.

g) Unter Würdigung der gesamten Umstände - insbesondere der Dauer des Aufenthaltes in der Schweiz, der weitgehend fehlenden persönlichen Beziehungen, das nicht durchwegs einwandfreie persönliche Verhalten und mit Blick auf die angespannte Arbeitsmarktlage beim nicht ausgebildeten Personal - ist eine Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung auch nach der Ansicht des Regierungsrates nicht angezeigt. Daher kommt der Regierungsrat im Rahmen seiner Verhältnismässigkeitsprüfung zum Schluss, dass das öffentliche Interesse

an der Durchsetzung einer restriktiven Politik gegenüber dem Aufenthalt und der Einwanderung von Ausländern das private Interesse des Beschwerdeführers an einem Verbleib in der Schweiz eindeutig überwiegt.

6.a) Nachfolgend ist zu prüfen, ob A.B. allenfalls eine Aufenthaltsbewilligung wegen Vorliegens eines Härtefalls im Sinne von Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe b AuG erteilt werden kann. Für die Auslegung dieser Bestimmung kann auf die bisherige Praxis zu Artikel 13 Buchstabe f der Verordnung vom 6. Oktober 1986 über die Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO) abgestellt werden, da sich die beiden Normen entsprechen (vergleiche Marc Spescha u.a., Migrationsrecht, 2008, Artikel 30 AuG, Randnote 5; vergleiche auch den Verweis auf die alte Praxis in Ziffer 5.5 der provisorischen Fassung der Weisungen und Erläuterungen des Bundesamtes für Migration zum Ausländergesetz in der Version vom 1. Januar 2008). Ein persönlicher Härtefall ist nicht leichthin anzunehmen (BGE 119 Ib 42, Erwägung 4; BGE 128 II 200 ff.). Ob eine Aufenthaltsregelung nach Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe b AuG Platz greifen kann oder nicht, entscheidet sich ausschliesslich aufgrund humanitärer Gesichtspunkte. So ist erforderlich, dass sich die betreffende ausländische Person in einer persönlichen Notlage befindet. Dies bedeutet, dass ihre Lebens- und Daseinsbedingungen gemessen am durchschnittlichen Schicksal von Ausländern und Ausländerinnen, die sich nicht oder nicht mehr in der Schweiz aufhalten dürfen, in gesteigertem Mass in Frage gestellt sein müssen bzw. die Verweigerung der Härtefallbewilligung für die Betroffenen schwere Nachteile zur Folge hätte (vergleiche auch Ziffer 433.25 der analog anwendbaren ANAG-Weisungen). Bei der Beurteilung sind alle Gesichtspunkte und Besonderheiten des Einzelfalles zu berücksichtigen. Da diese Umstände wegen des Ausnahmecharakters einer Härtefallbewilligung besonders einschneidend sein müssen, gelten für die Anerkennung eines Härtefalls strenge Voraussetzungen. Deshalb ist jeweils zu prüfen, ob es der ausländischen Person in persönlicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zuzumuten ist, in ihr Heimatland zurückzukehren bzw. sich dort aufzuhalten. Ihre zukünftige Situation ist ihren persönlichen Verhältnissen in der Schweiz gegenüber zu stellen (vergleiche dazu auch Artikel 31 VZAE). Es liegt insbesondere dann kein Härtefall im Sinne von Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe b AuG vor, wenn rein wirtschaftliche Gründe geltend gemacht werden.

b) Wie sich schon aus den Darlegungen betreffend die Verhältnismässigkeit der Wegweisung ergeben hat, ist vorliegend kein persönlicher Härtefall im Sinne von Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe b AuG ersichtlich. Es ist A.B. ohne Weiteres zuzumuten, den Kanton Basel-Landschaft zu verlassen und in sein Heimatland zurückzukehren. Die zu Beginn einer solchen Rückkehr möglicherweise zu gewärtigenden wirtschaftlichen Probleme und

Schwierigkeiten mit der Wiedereingliederung genügen nicht, einen Härtefall anzunehmen. Es kann im Gegenteil davon ausgegangen werden, dass der Beschwerdeführer in seinem Heimatland in gewohnter Umgebung eher Fuss fassen kann als in der Schweiz und dass er durch seine Herkunft rasch den gesellschaftlichen Anschluss vollziehen kann.

7. Sind bestimmte Voraussetzungen gegeben, kann sich der Ausländer oder die Ausländerin auf den durch Artikel 8 Ziffer 1 EMRK und Artikel 13 Absatz 1 BV garantierten Schutz des Familien- und Privatlebens berufen. Dabei ist zunächst festzustellen, dass der in Artikel 13 Absatz 1 BV garantierte Anspruch auf Achtung des Familienlebens materiell der Garantie von Artikel 8 Ziffer 1 EMRK entspricht und im Bereich des Ausländerrechts darüber hinaus keine zusätzlichen Ansprüche gewährt (BGE 129 II 218, Erwägung 4.2). Ein Ausländer kann sich auf Artikel 8 Ziffer 1 EMRK berufen, wenn er in der Schweiz nahe Verwandte (die Ehegatten und die minderjährigen Kinder) mit einem gefestigten Anwesenheitsrecht hat (BGE 126 II 382, Erwägung 2.b). Dies ist vorliegend nicht der Fall, weshalb sich eine weitere Prüfung in diesem Zusammenhang erübrigt.

8. In Zusammenfassung der vorstehenden Erwägungen erscheint in Übereinstimmung mit der Vorinstanz eine Wegweisung von A.B. nach einem lediglich drei Jahre dauernden Aufenthalt in der Schweiz als zumutbar. Der Regierungsrat kommt deshalb zum Schluss, dass die Vorinstanz zu Recht die Aufenthaltsbewilligung nicht verlängert und die Wegweisung als verhältnismässig angesehen hat. Der Entscheid der Vorinstanz ist somit zu schützen, und die Beschwerde ist abzuweisen.

Da die vom Amt für Migration angesetzte Ausreisefrist durch das vorliegende Beschwerdeverfahren obsolet geworden ist, muss der Regierungsrat eine neue Ausreisefrist ansetzen. Dabei scheinen rund zwei Monate als angemessen.

9. Gemäss § 20a Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes vom 13. Juni 1988 (VwVG BL) ist das verwaltungsinterne Beschwerdeverfahren – unter Vorbehalt gewisser Ausnahmen, die hier nicht zutreffen – kostenpflichtig. Die Verfahrenskosten werden in der Regel der unterliegenden Partei auferlegt und betragen bis zu CHF 5'000.00 (§ 20a Absätze 2 und 4 VwVG BL). Entsprechend § 6 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung vom 30. November 2004 zum VwVG BL beträgt die Entscheidgebühr für einen Beschwerdeentscheid CHF 300.00 bis CHF 600.00. Im vorliegenden Fall erachtet der Regierungsrat eine Gebühr von CHF 400.00 als angemessen.

://: 1. Die Beschwerde wird abgewiesen.

2. A.B. hat den Kanton Basel-Landschaft spätestens bis zum **30. September 2008** zu verlassen.
3. A.B. werden Verfahrenskosten von CHF 400.00 auferlegt. Dieser Betrag ist mit dem beiliegenden Einzahlungsschein bis zum **15. September 2008** zu bezahlen.